

Demokratie leben lassen

Wenn Förderung schrumpft, schrumpft auch der Diskurs

geschrieben von Çiğdem Uzunoğlu

Schrecken Sie die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien auch so? Dabei stehen uns in diesem Jahr noch drei weitere Landtagswahlen bevor! Umso erstaunlicher sind die geplanten Umstrukturierungen im Bundesprogramm »Demokratie leben!«. Denn sie sind mehr als haushaltspolitische Entscheidungen, sie betreffen den Kern unserer demokratischen Infrastruktur – jene Räume, in denen Öffentlichkeit entsteht und Konflikte ausgehandelt werden.

Gerade jetzt, in einer Zeit wachsender Polarisierung, algorithmischer Logiken, Klickökonomien und fortschreitender Desinformation, zeigt sich zugleich eine spürbare Demokratiemüdigkeit. Aus medienpolitischer Perspektive reicht der Blick über einzelne Projekte hinaus: Es geht um die Frage, wie widerstandsfähig unsere demokratische Öffentlichkeit künftig sein wird.

Klar ist: Die Grundpfeiler demokratischer Medienpolitik beruhen nicht nur auf Regulierung oder Förderung, sondern vor allem auf mündigen Bürgerinnen und Bürgern. Politische Bildung, Medienbildung und -kompetenz bilden das Fundament für eine informierte und verantwortungsvolle Öffentlichkeit. Doch in der digitalen Gegenwart genügt auch das nicht mehr. Es braucht digitale Mündigkeit: die Fähigkeit, Informationen kritisch zu bewerten, algorithmische Strukturen zu verstehen und souverän mit Daten und digitalen Räumen umzugehen. Erst dieses Zusammenspiel schafft eine robuste demokratische Öffentlichkeit.

Medienpolitik, die diesen Anspruch ernst nimmt, muss daher nicht nur Kompetenzen stärken und Inhalte regulieren. Eine Demokratie funktioniert nur, wenn ihre Institutionen die Mechanismen moderner Medien verstehen und den oder die Einzel-nen schützen.

Die Auswirkungen der Kürzungen sind dabei gerade im Medienbereich sofort spürbar. Viele bisher geförderte Initiativen arbeiten an der Schnittstelle von politischer Bildung und Medienkompetenz. Sie vermitteln nicht nur Jugendlichen den kritischen Umgang mit Informationen, klären über Desinformation auf oder schaffen Beteiligungsräume. Werden diese Angebote reduziert, trifft das besonders Gruppen mit geringem Zugang zu Bildungsressourcen. Auch lokale Medienprojekte wie Bürgerjournalismus geraten unter Druck. Damit droht ein Verlust an Vielfalt – vor allem abseits großer Medienhäuser. Langfristig gefährden die Einschnitte schließlich die digitale Öffentlichkeit insgesamt. Auf Plattformen, die von Aufmerksamkeitslogiken geprägt sind, ist

Informationskompetenz Voraussetzung für demokratische Teilhabe. Schwächt man Programme zur Desinformationsprävention, zu Dialogförderung oder zur Stärkung digitaler Zivilgesellschaft, entstehen Lücken – die von vereinfachenden oder extremen Positionen gefüllt werden. Das schadet der Demokratie. Öffentliche Diskurse werden verengen, moderierte Austauschräume verschwinden, Debatten verhärten. Menschen ziehen sich aus politischen Gesprächen zurück – aus Angst vor Hate Speech (engl. »silencing effect«), aus Überforderung oder Misstrauen.

Die Umstrukturierungen in »Demokratie leben!« sind deshalb mehr als Förderpolitik. Sie zeigen, welchen Wert wir unserer Öffentlichkeit beimessen. Medien – journalistisch, zivilgesellschaftlich oder digital – sind nicht nur Beobachter, sondern Teil demokratischer Prozesse. Wer hier spart, spart im Zentrum demokratischer Verständigung.

Die entscheidende Frage lautet daher: Werden Medien diese Zusammenhänge sichtbar machen – oder bleibt die Debatte so verkürzt, dass das Ausmaß der Veränderungen unter-schätzt wird?

Dieser Text ist zuerst erschienen in [Politik & Kultur 5-6/2026](#)